

Mangelnde Unterstützung durch die Politik und die andauernde Verunsicherung der Verbraucher belastete die Betriebe beim Existenzkampf, dieses Fazit zog der Vorsitzende des FVSHK Baden-Württemberg, Manfred Stather. Beim traditionellen Abendgespräch in Stuttgart, zu dem der Verband Ende November Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Handwerk geladen hatte, forderte der Vorsitzende eine handwerksfreundlichere Politik ein.

Miserables Jahr 2003 – „Der Weg wird lang und steinig!“

Abendgespräch des Fachverbandes



Erfahrungsaustausch zwischen Industrie, Handwerk, Großhandel und Politik (v. l.) Peter Kieber, Stiebel Eltron, Fachverbandsvorsitzender Manfred Stather, Dr. Walter Gienger und Dr. Witzel (MdL/Grüne)

Die wirtschaftliche Lage im Jahr 2003 ließe sich nur mit einem Wort beschreiben: miserabel: Ein seit zwei Jahren auf einem historischen Tiefstand herumkrebender Wohnungsmarkt, investitionsunlustige Verbraucher und steigende Lohnzusatzkosten scheinen im vergangenen Jahr der Politik noch nicht gerecht zu haben. Die Diskussion um die Novellierung der Handwerksordnung „setzt noch eins drauf“, kommentierte Stather die aktuelle Debatte. „Mit absoluter Gewißheit werden im Handwerk dadurch keine Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen, sondern vernichtet.“

Dilettantische Reform zerstört Vertrauen

Die Tatsache, daß sich Gesellen nach 10jähriger Tätigkeit, künftig selbständig machen könnten – ohne den Nachweis weiterer

Qualifikationen – ginge eindeutig zu Lasten des Verbraucherschutzes. „Der Meister als Qualitätsstandard kommt unter die Räder!“ Mit der Einordnung der Behälter- und Apparatebauer als nicht gefahrenträchtiges Handwerk, hätten die Politiker außerdem ihre Unkenntnis dokumentiert. Diese Handwerker arbeiten für die chemische, pharmazeutische und Lebensmittelindustrie, zum Teil im Hochdruckbereich. Fehler in diesen Bereichen würde die Industrie zweifellos als gefährlich bezeichnen. Was sind „unwesentliche Tätigkeiten“? räsonierte Stather. Mit der sogenannte „kleine Novelle“ der Handwerksordnung sollen Tätigkeiten, die innerhalb von drei Monaten erlernbar seien, der Ordnung entzogen werden. „Damit wird das Handwerk zergliedert und der Schwarzarbeit Tür und Tor geöffnet.“ Keiner könne mehr überprüfen, was „unwesentliche Tätigkeiten“ seien.

Die rot/grüne Regierungspolitik ziele mit ihrer „dilettantischen Reform“ eindeutig auf eine Systemveränderung, kommentierte der im Mai 2003 gewählte Vorsitzende die Reformversuche. Täglich neue Vorschläge der Bundesregierung zur Konsolidierung der Bundes- und Sozialkassen führten zu einem niederschmetternden Ergebnis: weder Handwerker noch Verbraucher wüßten, wie viel Geld sie im kommenden Jahr zur Verfügung hätten. Keiner investiere mehr und die finanzielle Schieflage wachse weiter. Inzwischen habe das Handwerk 200 000 Stellen in Deutschland verloren – diese Zahl entspricht der Belegschaft von Daimler-Chrysler. Allerdings mit einem ganz anderem Stellenwert. Während bei einem Verlust der Arbeitsplätze des schwäbischen Vorzeigeunternehmens alle Hebel in Bewegung gerieten, leide das Handwerk still und unbeachtet.

Daß auch die Diskussion um die Reform des Sozialsystems nicht vor der Branche Halt macht, zeigten die vergangenen Monate. Die zweistelligen Beitragserhöhungen der Berufsgenossenschaften lösten einen Sturm der Entrüstung bei den Handwerksbetrieben aus. Die Finanzprobleme der Berufsgenossenschaften als Teil des staatlichen Sozialsystems dürfen nicht einseitig auf die Betriebe abgewälzt werden, forderte Stather. Das System gehöre reformiert, manche Leistungen – wie die privaten Wegeunfälle – könnten aus dem Katalog herausgenommen werden. Eine Änderung im Leistungskatalog könne die Akzeptanz bei den Betrieben wieder erhöhen.

Ökonomische Krise

Vielleicht verkenne mancher die wirtschaftliche Bedeutung, die das SHK-Gewerk inzwischen einnehme, vermutete Stather. Allein im vergangenen Jahr erzielte das Handwerk einen Umsatz von fünf Milliarden Euro und das trotz der schlechten ökonomischen Rahmenbedingungen. Gerade politische Signale könnten entscheidend zur Umsatzsteigerung beitragen. Zu denken sei da zum Beispiel an einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für gebäudetechnische Bauleistungen, an die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen oder an Sonderabschreibungen von energiesparenden Maßnahmen.

Zur Zeit befänden sich immer mehr Betriebe in der Kostenfalle, konstatierte Stather. Neben den sich verschlechternden



Politik und Handwerk im Gespräch: (l.) Landtagsabgeordneter Rolf Gassmann, (SPD) im Gespräch mit OM Richard Wengert (Behälter- und Apparatebauer) . . .



. . . und Horst Henkel, stv. FV-Vorsitzender, im Gespräch mit Dr. Witzel, (Mdl/Grüne)

Konditionen bei den Banken – unter dem Stichwort Rating beziehungsweise Basel II bekannt – streiche der Großhandel zunehmend seinen Höchstwarenkredit. Der Großhandel fällt somit als Hauptkreditgeber des Handwerks aus. Auf der anderen Seite läßt die Zahlungsmoral der Verbraucher und der öffentlichen Hand stark zu wünschen übrig, die Lohnnebenkosten gingen weiter in die Höhe und schon lange könnten diese nicht mehr mit den Preisen weitergegeben werden. Immer mehr Handwerksbetrieben ginge somit die finanzielle Luft aus. Der Vorsitzende forderte daher die politischen Vertreter auf, die Zahlungsmoral deutlich zu verbessern.

Gesetzlicher Rahmen

Die beschlossenen Streichungen und Kürzungen des Landes im Impulsprogramm Altbau und bei der Förderung der Innovationsberatungen im Handwerk oder daß die Zuschüsse für erneuerbare Energien unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit ständen, wirke sich kontraproduktiv aus, gab der Verbandsvorsitzende den politischen

Vertretern mit auf den Weg. Dagegen sei das Handwerk für die Entbürokratisierungsvorschläge des Ministerpräsidenten offen. Schon lange mahne der Verband Vereinfachungen auf diesem Feld an. Zuletzt sei mit der Novellierung der Trinkwasserverordnung allerdings mehr Bürokratie dazu gekommen. So müssen seit Jahresbeginn sämtliche Regenwassernutzungsanlagen laut Trinkwasserverordnung an die zuständigen Gesundheitsämter weitergeleitet werden. „Wissen Sie, was die Gesundheitsämter mit den ganzen Adressen machen?“ fragte Stather in die Runde. Bei der Überprüfung des Schornsteinfegerwesens seien die Beschwerden vieler Verbraucher, die bei neuen Heizanlagen quasi für ein- und dieselbe Messung zweimal bezahlen müßten, durchaus verständlich. Allerdings stelle der Verband keineswegs das Schornsteinfegerhandwerk in Frage. Wie stark mancher Konjunkturzeitweiger von politischen Entscheidungen beeinflusst wird, zeige sich besonders im Solarbereich. Die verbaute Kollektorfläche stehe und falle mit den staatlichen Zuschüssen, dabei

komme es nicht auf die Höhe, sondern auf Kontinuität an. „Subventionen sind auch in anderen Energiesparten keine Seltenheit“, führte der Verbandsvorsitzende später aus. „Die Bundesregierung fördert die Steinkohle in den kommenden Jahren mit 17 Milliarden Euro“. Selbst dem Erfolgsmodell Energiespar-Check droht Ungemach. Eine europäische Richtlinie, die in deutsches Recht umgesetzt werden soll, fordert einen Energiepaß für Gebäude über 1000 m² ausschließlich vom Architekten beziehungsweise vom Ingenieur, der Handwerker bliebe außen vor. Der Verband fordert den praxistauglichen ESC für die Erstellung auch künftiger Energiepässe anzuerkennen.

Nachwuchs – der Facharbeiter von morgen?

Wie unverständlich manche politische Entscheidung für den SHK-Handwerker ist, zeige sich auch bei der Frage nach einer Ausbildungsplatzabgabe. Seit Jahren kämpfe das Handwerk gegen die sinkenden Lehrlingszahlen – leider oft vergeblich. Zur Zeit ständen 800 Ausbildungsplätze im SHK-Handwerk frei, in diesem Zusammenhang stieße die Diskussion um eine Abgabe auf Unverständnis. Viele Betriebe suchten nach einem geeigneten Bewerber, würden aber oftmals nicht fündig. Nicht erst seit PISA sei klar, daß jeder vierte Schulabgänger nicht ausbildungsfähig sei.

Auf der anderen Seite müßten auch die Lehrlinge, gerade in den kleineren Berufsgruppen der Klempner oder Kachelofenbauer, Mehrkosten auf sich nehmen. Diese erhalten in sogenannten Landesfachklassen ihre fachspezifische theoretische Ausbildung. Auf Grund der geringen Zahl sind diese Klassen in Ulm und Stuttgart zusammengefaßt. Dies bedeutet für den Lehrling oft die Unterbringung im Internat und damit Kosten von über 1400 Euro im Jahr, führte Stather das Problem aus. Selbst wenn sich der Betrieb mit 50 % beteilige, blieben doch noch erhebliche Kosten, die nicht jeder Bewerber auf sich nehmen wolle. „Bei den allgemeinbildenden Schulen und Berufsfachschulen, die von der Wohnung der Eltern aus nicht unter zumutbaren Umständen erreichbar sind, ist die Unterstützung durch den Staat eine ganz andere. Müssen wir davon ausgehen, daß auch hier mit zweierlei Maß, berufliche Bildung einerseits und schulische Bildung andererseits, gemessen wird?“ fragte der Verbandsvorsitzende.

Daß es trotz allem nicht schlecht um den Nachwuchs bestellt ist, zeigte die Preisverleihung, die sich an den Festvortrag anschloß. Thomas Klink aus Horb a. N., 26jähriger Absolvent der Fachhochschule Esslingen, nahm den Förderpreis des Fachverbandes freudestrahlend von Hans Lanz, stellvertretender Vorsitzender entgegen. Der „frischgebacke-



Offenes Ohr für handwerkliche Probleme: Heiderose Benroth, (Mdl/FDP)



Keine Konkurrenz, sondern Zusammenarbeit: Peter Fellmeth, Landesinnungswart des Schornsteinfegerhandwerks und Sieghard Marquardt, Fachgruppenleiter Ofen- und Luftheizungsbau

ne“ Diplom-Ingenieur der Fachrichtung Versorgungs- und Umwelttechnik analysierte und verglich in seiner ausgezeichneten Diplomarbeit Systeme zur solaren Kühlung von Gebäuden. Die Technik, Sonnenenergie zur Kühlung einzusetzen, ist bisher nur von wenigen Firmen

aufgegriffen worden. Die Arbeit sichtet das Angebot, listet die Hersteller auf und gibt einen Überblick über die bestehenden Systeme. Der praxisorientierte Ansatz bietet daher Planern, -Investoren und nicht zuletzt dem ausführenden SHK-Fachhandwerker eine wichtige Ent-

scheidungshilfe. „So was brauchen wir mehr“, freute sich Lanz bei der Überreichung der Urkunde.

Auch die Rahmengespräche zeigten, daß die Perspektiven der Bran-

che alles andere als düster sind. Wenn sich je die Unsicherheit der Verbraucher lege, wartete ein Milliardenberg an Aufträgen auf die Fachbetriebe, schloß der Vorsitzende des Fachverbandes den offiziellen Teil des Abendgespräches.



Der Förderpreis des Verbandes ging an Thomas Klink. Es gratulierten Vorstandsvorsitzender Manfred Stather (r.) und der stv. Vorstandsvorsitzende Hans Lanz (l.)

› DIN 1988 ‹

Wasserrohre mit Innenleben

„Das Thema brannte unter den Nägeln“, zu diesem Fazit kamen die über 90 Teilnehmer der Fachtagung DIN 1988 – Technische Regeln für Trinkwasser-Installationen (TRWI) – am 4. November 2003 in Sindelfingen. Vor allem die Ergänzungen der DIN seit ihrem Inkrafttreten im Jahr 1988, standen im Zentrum der Tagesordnung. Nicht nur die große Teilnehmerzahl, sondern auch die lebhafteste Diskussion forderten den Referenten Dieter Waider. Souverän beantwortete Waider, Mitarbeiter beim DVGW, die Fragen

und paßte die Tagesordnung den Diskussionsbeiträgen der Teilnehmer an.

Im Vergleich zum Jahre 1988 sind die heutigen Ansprüche an Hygiene und Gesundheit wesentlich gestiegen. Dieser Tatbestand veränderte auch die DIN 1988 nachhaltig. Die Wasserqualität und die Infrastruktur unterliegen heute einer strenger Kontrolle. Der Gesetzgeber hat in den vergangenen Jahren mehrere Verordnungen in dieser Hinsicht verändert. So gibt die neue Trinkwasserverordnung, die im Januar 2003 in Kraft getreten ist, erstmals genaue Grenzwerte an und verlangt, daß Anlagen zur Regenwassernutzung an das zuständige Gesundheitsamt weiterzumelden sind.

Die Frage, inwieweit die neuen Regelungen auf die DIN 1988 angewendet werden müssen, erhielten im vergangenen Jahrhundertssommer eine zusätzliche Brisanz. Das Thema Legionellen – immer eine Schlagzeile wert – fand sich über Wochen in den bundesdeutschen Blättern wieder. „Wie schützt man die Anlagen vor diesen Bakterien oder – falls der Befall bereits vorliegt – wie wird das Rohrsystem saniert?“ war dementsprechend eine der brennendsten Fragen auf der Fachtagung. Doch nicht nur die bakteriellen Verunreinigungen sorgten für eine lebhafteste Diskussion. Rohr-sanierungen und -abdichtungen hygienisch einwandfrei auszuführen, welche Dichtungsmittel

sind wo erlaubt und was ist zu beachten – naturgemäß konnten die Teilnehmer auf ein breites Erfahrungspotential bei den Fragen zurückgreifen. „Es wurde Zeit, daß das Thema aufgegriffen wurde“, stellte ein zufriedener Teilnehmer im nachhinein fest. Die gesetzlichen Maßnahmen in den vergangenen Jahre, hätten bei etlichen Unsicherheit hinterlassen und wirkten sich auf viele Tätigkeitsfelder aus. Von der physikalischen Wasseraufbereitung bis zu den Feuerlöschleitungen reichte demnach das Spektrum des Referenten, der auf die Fragen der Teilnehmer kompetent einging und ein sehr zufriedenes Auditorium in den Feierabend entließ.